

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Freitag, den 2. April 1880.

Nr. 154.

Die Reklamation über die Klassensteuer.

Von Seiten der städtischen Behörden zu Stettin sind den Bürgern die Steuer-Veranlagungen zugesandt, worin festgestellt ist, wieviel Jeder an Staatssteuer und wieviel an kommunalem Zuschlag zu zahlen habe. Viele Bürger fühlen sich durch diese Veranlagung zu sehr belastet, sie wollen dagegen reklamiren. Zur Orientirung für die geehrten Mitbürger bemerken wir Folgendes: Reklamationen gegen die Klassensteuer bezuglich gegen den kommunalen Zuschlag zu derselben müssen im Laufe des Mai, also spätestens bis zum 31. Mai, bei dem Magistrat, Abtheilung für Steuerverwaltung, eingereicht werden.

Der folgende Ueberblick giebt an, wieviel ein Jeder nach seinem Einkommen zu zahlen hat. Wir bitten darnach einen Jeden, seinen Steuerzettel zu prüfen und nachzusehen, ob die zu zahlende jährliche Steuer seinem Einkommen entspricht. Die Staatssteuer gilt für den ganzen Staat, wenn das Einkommen unter 420 Mark beträgt, so ist es steuerfrei. Der Zuschlag in Stettin soll nach dem vom Magistrat vorgelegten und von den Stadtverordneten genehmigten Etat für das nächste Jahr 1881/82 der Staatssteuer betragen, danach ist die Kommunalsteuer berechnet.

Es entsprechen demnach an jährlichen Steuern einem

Einkommen von	Staatssteuer	Kommunalsteuer in Stettin
1 420 bis 660 M.	2 M. 88 Pf.	4 M. — Pf.
2 660 - 900	5 - 76	8 - —
3 900 - 1050	8 - 64	12 - —
4 1050 - 1200	11 - 52	16 - —
5 1200 - 1350	14 - 40	20 - —
6 1350 - 1500	17 - 28	24 - —
7 1500 - 1650	20 - 16	28 - —
8 1650 - 1800	23 - 4	32 - —
9 1800 - 2100	26 - 32	36 - —
10 2100 - 2400	29 - 20	40 - —
11 2400 - 2700	32 - 8	44 - —
12 2700 - 3000	35 - 0	48 - —

Wir bitten, diese Nachweisung aufzubewahren. Jedes Einkommen von mehr als 30 0 Mark zahlt Einkommensteuer, für welche ein anderer Modus der Reklamation gilt.

Jeder Bürger wird hiernach prüfen können, ob eine Reklamation gesetzlich begründet und zulässig ist. Es ist dringend wünschenswerth, daß unnütze Reklamationen vermieden werden, daß aber die berechtigten Reklamationen so eingereicht werden, daß sie auch unweifelhaft zur Geltung kommen und daß der Beweis für die behaupteten Thatsachen beigebracht werde. Jeder Reklamant muß übrigens trotz der Reklamation die veranlagte Steuer bis zum Entschelde auf seine Reklamation bezahlen.

Bei der Reklamation muß nun zunächst angegeben sein, wie hoch sich das Einkommen des Reklamanten jährlich belaufe. Bei den Beamten ist hier das Gehalt und etwaige Miethsentschädigung zc., sowie das Einkommen aus Zinsen, Dividenden zc. anzugeben; bei Gewerbetreibenden muß nach dreijährigem Durchschnitt das Reineinkommen, nach Abzug der gehaltenen Unkosten für Waareneinkäufe, Löhne, Miete berechnet werden, doch darf die Miete für die Privatwohnung, der Lohn des Dienstmädchens, sowie Alles, was für den Unterhalt der eigenen Familie die t. nicht in Abzug gebracht werden.

Deutschland.

*** Berlin, 1. April. Der Bundesrath tritt am Sonnabend dieser Woche wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung wird der Bericht der Ausschüsse bilden, welche mit der Vorberatung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Reichsteuermehlabgaben beauftragt worden.

Das „Tageblatt“ meldete bereits am Sonntag, die Vorlage wegen Vetheiligung des Reiches an der Südbahngesellschaft sei den Bundesräthen zugegangen. Die Meldung hat sich bis jetzt aber nicht bestätigt, und wenn das „Tageblatt“ bereits berichtet, was angeblich in den Motiven enthalten sei, so ist zu bemerken, daß dieselben noch gar nicht festgestellt sind, folglich auch Niemand schon bekannt sein können.

In der heutigen „Post“ wird die Konvertirung der 4 1/2 prozentigen Pfandbriefe in 4 prozentige durch ein Eingekauft lebhaft empfohlen. Derartige Kon-

vertirungen sind nun nichts Neues, auch nicht bei den Landschaften, deren verschiedene solche Maßregeln theils durchgeführt, theils eingeleitet haben. Es würde übrigens, wie ich höre, weiteren Anträgen nach dieser Richtung, sobald sie eine sichere Basis nachzuweisen im Stande sind, kein Widerspruch maßgebenden Orts entgegengekehrt werden.

Nach einer vom Kriegsministerium aufgestellten Nachweisung hat die Armee gegenwärtig 378 Garnisonen mit Ausschluß der bayerischen und württembergischen.

In den Konfiskationen treten mit dem 1. April mehrfache Veränderungen ein. Wie ich höre, ist der Konfiskationsrath v. Diepenbrock-Grüter in Münster pensionirt worden. An seine Stelle tritt der Konfiskationsrath von Westhoven, bisher in Berlin, der wiederum durch den Hofkammerrath Arnold ersetzt wird, welcher schon früher dem Konfiskationsrath von Brandenburg angehörte. In die Hofkammer wird zum Ersatz der Konfiskationsrath v. Wolf befördert. Der Konfiskationsrath Mayerhof vom Berliner Konfiskationsrath ist in das Reichspostamt versetzt worden.

Aus industriellen Kreisen Nachens wird die Thätigkeit der Tuchfabriken als bedeutend in der Zunahme begriffen geschilbert, denn außer den fortgesetzten Aufträgen für Amerika hat sich der Export nach Ostreich auch ziemlich ansehnlich entwickelt. Der Konsum für den deutschen Markt nimmt ebenfalls zu, und es kann daher die Industrie hoffnungsvoll in die Zukunft sehen. Weiter wird bemerkt, daß Alles darauf hindeutet, daß auch das Spinnereigewerbe einer Besserung entgegengeht und daß der Aufschwung des Wolhandels in jeder rascher Entwicklung begriffen ist. Der Umsatz in Wolle konstatirt ein Bericht vom 15. März, daß mit Rücksicht auf den nun eingetretenen Aufwühlungsprozess des geschäftlichen Verkehrs, der für rationell gehalten werden kann, der Glaube berechtigt ist, daß die, wenn auch nur langsame, aber immerhin erkennbare Besserung im Bezirk Elberfeld voll und Dauer versprechend ist. Nicht allein haben sich für die Guss-eisenindustrie ertragreiche Verhältnisse eingestellt, sondern auch die Besserung in anderen Industriezweigen führt zu der Annahme, daß der Markt seine normale Gestalt wiedergewinnen wird. Ein Kriterium allgemeiner Besserung ist übrigens die Einmüthigkeit, mit der Vertreter einzelner Industrien sich zu Preis erhöhungen zusammengethan haben. — Berichte, welche sich ähnlich aussprechen, liegen aus mehreren Fabrikstädten der Rheinprovinz vor, z. B. aus Krefeld. Von dort wird über die günstige Lage des Hohlblechgeschäfts, der Seidenwarenfabriken und des Wollgeschäfts berichtet und die Situation als eine gesunde bezeichnet.

Auf Grund eines Berichts eines Provinzial-Schulkollegiums hat der Kultusminister erklärt, daß selbstverständlich die Berichte über die ertheilten Ausnahme-Genehmigungen zur Anwendung des beschränkten Submissionsverfahrens oder des Verdingens aus freier Hand nur von derjenigen Behörde zu erstatten sind, welche als bauleitende Instanz diese Ausnahme-Genehmigungen ertheilt hat. Nach früher ergangenen Bestimmungen steht die Bauleitung auch für die zum Geschäftsbereich der Provinzial-Schulkollegien gehörigen Bauausführungen den betreffenden Bezirksregierungen zu. Es wird daher die Vorlage der bezüglichen Nachweisungen ausschließlich Sache dieser Behörden sein.

Berlin, 1. April. Der „Hildesheimer Zeitung“ werden von einer Seite, bei der sie die vollste Kenntnis des Sachverhalts voraussetzen zu dürfen glaubt, einige auf die Verlobung der Prinzessin Friederike von Hannover mit dem Mittelmäister Freiherrn von Bawel-Rammingen bezügliche Mittheilungen, welche in letzter Zeit in der Presse kursirten, als unzutreffend bezeichnet. Falsch ist es hiernach vor Allem, daß mit alleiniger Ausnahme der Königin Viktoria sämtliche Mitglieder der dem Hause Hannover so nahe verwandten englischen Königsfamilie entschiedene Gegner der Verlobung seien oder gewesen seien. Zur Begründung dieses Dementis wird angeführt, daß Herr von Bawel-Rammingen schon seit einiger Zeit Gast des Herzogs von Connaught ist, der auch die Prinzessin Friederike vor Kurzem zu sich eingeladen hatte. Ferner hat Prinz Leopold mit in dem Konseil gegessen, welcher offiziell die Verlobung genehmigt hat, und da zu dieser Genehmigung Einstimmigkeit erforderlich war, so muß auch dieser Prinz sich zustimmend geäußert

haben. Ferner bestreitet der Gewährsmann des Hildesheimer Blattes, daß die Prinzessin zu einer gültigen Verlobung die Genehmigung des Herzogs von Cumberland bedurft habe; diese Genehmigung sei denn auch gar nicht nachgesucht worden. Von Interesse ist indessen die Nachricht, daß die Verlobung der Prinzessin Friederike von Hannover (die zugleich englische Prinzessin ist) bei einem Diner in Windsor von der Königin in aller Form proklamiert worden ist.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat viele Berliner an seinem gestrigen Geburtstag in den April geschickt, denn von allen Seiten war behauptet, daß er diesen Tag in Friedrichsruhe erleben würde. Indessen hat der Fürst die projektirte Reise einstweilen wieder aufgegeben. Schon vom frühen Morgen an gingen dem seinen 65. Geburtstag Feiernden von Nah und Fern Glückwünsche, Telegramme und Schreiben zu. Unter diesen Gratulanten befand sich auch, wie alljährlich, der König von Baiern. Unser Kaiser war einer der Ersten, die dem Fürsten ihren Glückwunsch sandten, gleichzeitig erfreute der dienstthuende Flügeladjutant den Felden des Tages durch die Nachricht, daß der Kaiser persönlich Nachmittags 3 Uhr seinen Glückwunsch überbringen werde.

Da der Reichskanzler gern spät dem Bette entschlüpft, so fanden sich bei ihm erst gegen 10 Uhr sein Schwiegersohn Graf Rangau mit Gemahlin und dem „kleinen Otto“, welcher letzterer ein Sträußchen überreichen mußte, zur Gratulation mit der Fürstin und dem Grafen Herbert ein.

Gegen 12 Uhr erschien der Kapellmeister Dannenfelser mit der Regimentskapelle des Kaiser-Artillerie-Regiments in Parade im Garten und brachte dort dem Geburtstagskinde eine kleine Morgenmusik. Fürst Bismarck ließ den Kapellmeister zu sich in sein Arbeitszimmer rufen und statete ihm seinen Dank für die Ovation aus. Das war aber keine so leichte Sache, denn der große schwarze Reichshund schien, wahrscheinlich sehr erregt durch das ausnahmsweise im Palais herrschende lebhafteste Treiben — für gewöhnlich herrscht ja Todtenstille in demselben — durchaus nicht gewillt, Meister Dannenfelser ungehindert bei seinem Herrn eintreten zu lassen, und erst nachdem sein Gebieter den Schwarzen beruhigt, konnte der Kapellmeister die ihm dargelegte Hand ergreifen. Der Chef eines hiesigen Bankhauses, der mit wunderbarem Geschick die kleinen Passionen der großen Männer zu erforschen weiß, überraschte den Fürsten mit einem kostbaren Weisenkinder, so daß die lange Reihe der großen Weisen von jetzt ab nicht mehr an den Wänden, sondern auch in nächster Nähe des Kaisers, wie immer stets gestopft, stehen und hängen kann.

Nachmittags schickte fast das gesamte diplomatische Korps seine Karten, die Minister und viele Räte statten persönlich ihre Glückwünsche ab, ebenso die Damen und Kavaliere des Hofes. Um 3 Uhr fuhr die bekannte offene zweispännige Kalesche unseres Kaisers in den Vorhof ein. Fürst Bismarck, der sich für diesen Moment in die Uniform seines Magdebürgischen Kürassier-Regiments geworfen hatte, empfing den Monarchen, den Begleiter der Kürassiere an der Seite und den Etabliement in der Hand, im Vestibül und führte ihn in seinen Salon, wo der Monarch länger als eine halbe Stunde verweilte.

Wie man erzählte, stellten sich pünktlich auch die alljährlich von den Getreuen in Jever gesandten 101 Kibitzler ein, ebenso ein Faß Bodbeer einer hiesigen Branerei; außerdem zahlreiche Blumenpenden in allen nur erdenklichen Formen.

Die „Prov.-Korr.“ beschäftigt sich heute mit der finanziellen Aufgabe des Reichstags. Sie meint, es wäre sehr beklagenswerth, wenn die Brauerei diesmal eine Ablehnung erfahren sollte. In der ausdrücklichen Ablehnung würde entweder ein grundsätzlicher Widerspruch gegen die von den verbündeten Regierung n eingeleitete und für in hohem Grade wünschenswerth, ja für unumgänglich erachtete Steuerreform erblickt werden müssen, oder aber der Meinungsaustruck des Reichstages, daß bei der Verneinung der Einnahmen des Reiches die Besteuerung des Bieres als geeignetes Mittel nicht in Betracht kommen könne. Es scheint jedoch nicht zulässig, entweder die eine oder die andere dieser Willensmeinungen dem Reichstage beizumessen, welche gleichwohl die Verwerfung der Vorlage allein erklären würden. Es könne nicht angenommen wer-

den, daß der Reichstag in seiner Mehrheit die große und wohlthätige Maßregel der Steuerreform, zu der er durch seine vorjährigen Beschlüsse den Grund gelegt, jetzt unterbrechen und das halb begonnene Werk unvollendet liegen lassen wolle. Der Artikel schließt mit folgenden Worten:

Unter den dargelegten Umständen ist die Erwartung wohl berechtigt, daß der Reichstag, wenn er in die zweite Verathlung der Brauereivorlage ohne kommissarische Vorbereitung eintritt, sich die Tragweite, welche der Entschluß der Ablehnung haben würde, zum vollen Bewußtsein bringt. Der Entschluß würde entweder die Erklärung des gegenwärtigen Reichstags bedeuten, den Grundgedanken der Steuerreform seinerseits fallen zu lassen, oder aber die Erklärung, daß unter den vorhandenen Mitteln, die Reichs-Einnahmen genügend zu erhöhen, andere vor der zuletzt oder gar nicht in Betracht kommenden Brauerei gesucht werden sollen. Schwerlich kann die eine oder die andere Erklärung im Sinne des Reichstags liegen.

Die Gerüchte, welche von der Einführung einer Art „russischen Parlaments“ zu erzählen wissen, wollen gar kein Ende nehmen. Jetzt kommt auch eine seit kurzer Zeit in Petersburg erscheinende deutsch-russische Korrespondenz, welche von zuverlässiger Seite erfahren haben will, daß der Präsident des russischen Ministerrathes, Graf Salujew, am 28. März dem Kaiser das Projekt der „Rathgebenden Versammlung“ — Sowjeschtsatelnoje Sobranje — vorgelegt habe. Die Abgeordneten von Seiten des Zemstwo, der Städte, des Adels und der Geistlichkeit in Petersburg hätten unter dem Vorsitz des Präsidenten des Ministerrathes zu tagen und über Angelegenheiten zu beraten, die jene vier Klassen betreffen, so daß in den Staatsrath und das Ministerrath alle Reichsangelegenheiten mit dem Beschlusse der „Rathgebenden Versammlung“ gebracht würden. Die Zahl der Abgeordneten würde je vier aus jedem Gouvernement sein. Alle Angelegenheiten aus den Ministerien und den Komitees würden der „Rathgebenden Versammlung“ vorgelegt. Sibirien, der Kaukasus, Polen und Finnland sollten auch ihrerseits Abgeordnete senden. Das Manifest soll am 17. April oder am 26. August publizirt werden. Das wäre, wenn auch nicht viel, so doch schon immerhin etwas. Inbesh die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube.

Ausland.

Paris, 31. März. Gestern Abend fand bei dem bekannten ultramontanen Deputirten Keller eine Versammlung von Senatoren und Deputirten statt, der auch eine Anzahl hervorragender Mitglieder der nicht autorisirten Kongregationen beizuhörte. Ein bestimmter Beschluß wurde nicht gefaßt, die Majorität der Anwesenden vertrat aber die Ansicht, daß keine Kongregation die staatliche Autorisation nachsuchen dürfe. Eine zweite Versammlung soll morgen beim Herzog Karachoucaud-Bisaccia stattfinden. Eine natürliche Wirkung der Brandartikel der radikalen Presse ist, daß die radikalen Journale bereits eine den Dekreten günstigere Sprache führen. Die Journale der äußersten Linken verlangen nur, daß die Regierung nunmehr wirklich fest bleibe und in Erlasse auch mit allen Konsequenzen rücksichtslos Ausführung bringe. Sehr bemerkt wird, daß die „Ordre“, das Organ des Prinzen Napoleon, die Dekrete billigt, ebenso alle dem Prinzen ergebenden bonapartistischen Provinzialblätter. Dagegen wird der „Pays“ noch schlimmer als die royalistischen Blätter.

Die offiziellen Organe kündigen an, der französische Botschafter in Wien, Teisserenc de Bort, habe jetzt wiederholt um seine Abberufung ersucht, was zwar aus Gesundheitsrücksichten.

Paris, 30. März. Daß die heute veröffentlichten Dekrete gegen die Jesuiten und die nicht autorisirten Kongregationen den Radikalen vollständig ungenügend erscheinen und von denselben mit Entrüstung aufgenommen wurden, wußte man von Voraus, dagegen herrschten sehr verschiedene Ansichten über die Frage, welche Stellung die Jesuiten und sodann das französische Episkopat sowie die ultramontane Partei im Allgemeinen zu den Dekreten einnehmen würden. Diese Frage ist nun bereits gelöst, vorausgesetzt, daß die Episkopat, welche heute Abend sämtliche ultramontane Organe führen, den von den Beteiligte gefaßten Beschlüssen wirklich entspricht. Danach läßt zu erwarten, daß die Jesuiten zuvörderst alle Rechtsmittel

anwenden und alle Instanzen durchlaufen und dann schließlich nur der Gewalt weichen werden. Es wäre ferner ebenfalls gewiß, daß keine der anderen nicht autorisierten Kongregationen der Aufforderung nachkommen, ihre Statuten vorlegen und ihre ganze innere Organisation zur Kenntnis der Behörde bringen wird, um die Bewilligung der staatlichen Autorisation nachzusuchen.

Wie schon telegraphisch mitgeteilt, dürfte diese letztere Versicherung der ultramontanen Organe mit Vorsicht aufzunehmen sein, da nach anderweitigen Informationen ein großer Theil der nicht autorisierten Religionsgesellschaften entschlossen ist, die von der Regierung verlangten Formalitäten zu erfüllen und die Bewilligung der staatlichen Autorisation nachzusuchen, obgleich oder vielleicht weil es beinahe zweifelhaft ist, daß in den meisten, wenn nicht in allen Fällen eine abschlägliche Antwort erfolgen wird. Man darf nämlich nicht vergessen, daß diese Autorisation nur durch ein Gesetz erlangt werden kann, daß also die Regierung, nachdem sie sich dafür entschieden hat, das Ersuchen dieser oder jener Kongregation zu befürworten, zuvörderst der Deputiertenkammer und sodann dem Senate einen betreffenden Gesetzentwurf unterbreiten muß. Es würde dann also eine ganze Reihe von gewiß sehr leidenschaftlichen und auch großen Debatten über diese Gesetzentwürfe zu erwarten sein, und es ist kaum anzunehmen, daß die antikirchliche republikanische Majorität der Deputiertenkammer auch nur eine einzige dieser Autorisationen votiren wird. Aber es würde dadurch auf lange Zeit eine heftige religiöse Agitation im Gange gehalten und gerade diese Aussicht dürfte die Chefs der ultramontanen Partei bestimmen, die von den Dekreten betroffenen Kongregationen zu veranlassen, sich zuvörderst dem Erlasse der Regierung zu fügen. Was die weiblichen Kongregationen anbelangt, so schreibt sich die Regierung auf Grund der Gesetzgebung das Recht zu, unter Mitwirkung des Staatsraths die nöthige Autorisation durch Dekret zu erteilen. Gewisse Orden, wie die der „ewigen Anbetung“ u. s. w. werden sicherlich die Bestätigung nicht erhalten, dagegen dürften die meisten Nonnen, welche sich mit der Krankenpflege oder mit Unterricht beschäftigen, Aussicht haben, von der Regierung autorisirt zu werden.

Die Jesuiten werden, wie bereits bemerkt, kein Rechtsmittel unversucht lassen und schließlich nur der Gewalt weichen, man nimmt meistens an, daß sie Mittel und Wege finden werden, das Gesetz zu umgehen und ihre Schulanstalten zu behalten, wenn sie auch gezwungen sein werden, das klösterliche Leben aufzugeben und äußerlich ihre Eigenschaft als Jesuiten zu verbergen. Diese allgemein verbreitete Ansicht, daß es den Jesuiten gelingen werde, trotz aller Dekrete weiter zu existiren und ihre „für die Republik“ gefährliche Thätigkeit fortzusetzen, wird von den Radikalen besonders benutzt, um ihre Anschuldigungen gegen die Regierung zu rechtfertigen und nachzuweisen, daß die heutigen Dekrete in der Wirklichkeit wenig oder gar nichts ändern werden.

Paris, 31. März. Die Dekrete über die Ordensgemeinschaften haben bei den Antiklerikalen im Ganzen genommen große Zufriedenheit erregt, zumal aus offiziellen Kreisen verlautet, die Regierung werde die angeordneten Maßregeln mit aller Strenge durchführen. Daß die fremden Jesuiten nicht ausgewiesen werden, ist Herrn Freycinet zuzuschreiben, der durchaus nicht darauf eingehen wollte; er soll sich dabei namentlich auf die Schritte, die der englische Botschafter Lord Lyons zu Gunsten der Jesuiten bei ihm gethan, berufen haben. Lord Lyons handelte bei dieser Gelegenheit aber durchaus nicht als Vertreter seiner Regierung, sondern er ergriff einfach Partei für die Jesuiten, weil der Sohn seiner zum Katholizismus übergegangenen Schwester, der Herzog von Norfolk, einer der Hauptführer der englischen Ultramontanen ist und er selbst mehr oder weniger nach dieser Richtung neigt. Die heute dekretirten Maßregeln werden jedenfalls mit Nachdruck durchgeführt werden, da die Minister Lepère und Cazot die Sache jetzt in den Händen haben.

Daß die nicht erlaubten Ordensgemeinschaften den Einfluß gefast haben, ihre Statuten nicht einreichen und nicht um die Ermächtigung einzukommen, war zu erwarten, weil die Statuten des größten Theiles derselben derart sind, daß sie selbst vor einer minder entschlossenen Regierung keine Gnade finden würden; dazu kommt, daß die Kammer bei der Bewilligung der Ermächtigung das große Wort zu sprechen hat. Die Ordensgemeinschaften ziehen es deshalb vor, abzuwarten, ob die Regierung es wagen wird, sie auseinanderzutreiben, wenn sie der Aufforderung, sich den Gesetzen zu fügen, keine Folge leisten. Die Regierung wird in ihren Beschlüssen dadurch bestärkt, daß alle Berichte, die man bis jetzt aus der Provinz erhalten hat, von dem überraschenden Jubel sprechen, welchen die Nachricht erregte, daß die Regierung sich jetzt endlich entschlossen hat, den Jesuiten und ihrem Anhang gegenüber Ernst zu machen.

London, 1. April. Die „Times“ schreibt, Niemand wird überrascht sein, wenn die Opposition durch die gestrigen Wahlen ermuthigt ist. Die Konservativen müssen dagegen eine sehr schwere Entmutigung zugeben. Heute wählen fast alle anderen englischen Wahlkreise. Wenn die Fluth des Erfolges dabei ebenso stark, wie gestern für die Liberalen ist, dann ist die konservative Majorität vom Jahre 1874 verschwunden. Die gestrigen Wahlen sind um so ominöser, als den Konservativen noch mehrere Verluste in Irland und Schottland sicher sind.

Die liberale „Daily News“ sagt: Der erste Wahlsieg brachte einen großen Sieg der Liberalen.

Dieselben entrißen den Konservativen 15 Sitze, das macht einen Unterschied von 30 Stimmen bei einer Parlaments-Abstimmung. Der konservative „Daily Telegraph“ sagt: „Im Ganzen sind die Wahlen bedeutend durch die Bewunderung des Homerulers Barnell beeinflusst. Der gestrige Ausgang ist für die Konservativen etwas ungünstig, aber noch nicht hinreichend, um einen Schluß auf die endgültige Entscheidung des ganzen Landes zuzulassen. Der konservative „Standard“ meint gleichfalls, der Ausgang des ersten Wahltages sei für die Regierung etwas ungünstig. Die Minister erhielten noch kein entschiedenes Vertrauensvotum, ebenso ist der Fehlschlag aber auch kein wirklicher Tadel von Seiten der Mehrheit des Landes.“

Die bedenklichste Seite des gestrigen Wahlsieges der Liberalen ist wohl darin zu suchen, daß derselbe auf die noch schwankehenden Wähler anderer Distrikte einen entscheidenden Einfluß ausüben kann, so daß den Konservativen Stimmen verloren gehen, welche bei einem sofortigen ersten Erfolge ihnen zugefallen wären. Im Uebrigen darf man selbst bei einem endgültigen liberalen Siege nicht übersehen, daß eine liberale Majorität bei den starken Spaltungen innerhalb der Whigs und ihrer Bundesgenossenschaft mit den Homerulern an der fester geschlossenen Partei der Konservativen gleich vom ersten Tage der neuen Parlamentssession an einen starken und gefährlichen Gegner besitzt.

Konstantinopel, 31. März. Der Sultan hat den ihm vorgelegten Budgetentwurf nicht genehmigt und beräth ein aus ehemaligen Großveziren bestehender außerordentlicher Rath abermals das Budget.

Provinzielles.

Stettin, 2. April. Die vor Kurzem vom landwirtschaftlichen Klub bei der Regierung angeregte Idee, zur Hebung der Landwirtschaft, resp. des landwirtschaftlichen Gartenbaues und Landverschönerung im Allgemeinen Kreis-Ober-Gärtner anzustellen, hat seitens der Regierung das bereitwilligste Entgegenkommen gefunden. Wie verlautet, sollen zunächst versuchsweise in einigen Kreisen Kreis-Ober-Gärtner angestellt werden, und vorläufig sind vier derartige Stellen geschaffen worden, und zwar je eine in der Prieznitz und Altmark und zwei in Pommern. Die erste dieser Stellen in der Prieznitz wird schon im nächsten Monat besetzt.

Es ist neuerdings betreffs der Zulassung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst darauf hingewiesen worden, daß Jemand, der durch Aufnahmeprüfung die Reife für Obersekunda nachweist, damit noch nicht die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst erhält, sondern sie erst dann erwerben kann, wenn er dieser Klasse angehört und dieselbe ein halbes Jahr mit Erfolg besucht hat.

Von dem Landes-Berein Pommern des Allgemeinen Deutschen Jagdschützen-Vereins ist soeben ein neues Mitglieder-Verzeichniß ausgegeben. Wir entnehmen demselben folgende Mittheilungen.

Der Landes-Berein Pommern, dessen Vorstand Herr von Hommer-Murich ist, zählt ein Ehrenmitglied und 232 Mitglieder, welche letztere auf folgende Kreise sich vertheilen:

Kreise Bergen, Greifswald, Anklam, Uşedom-Bollin 24, Kreise Franzburg, Grimmen 24, Kreis Damm 30, Kreis Uckermark 21, Kreis Randow und Stettin 7, Kreis Greifenhagen 6, Kreise Pyritz, Saargig, Naugard 9, Kreise Cammin, Greifenberg 20, Kreise Regenwalde, Schivelbein 6, Kreis Dramburg 6, Kreis Neustettin 25, Kreise Belgard, Colberg, Köslin 19, Kreise Schlawe, Rummelsburg 4.

20 Prämien wurden in Pommern vom 2. März bis 31. Dezember 1879 verliehen.

Nachdem bereits in der Nacht vom Montag zum Dienstag in dem Hause Krautmarkt 11 bei dem Lederhändler Priß ein Einbruch verübt worden ist, wobei ein großer Posten Wäsche und Betten, sowie ca. 700 M. baar Geld gestohlen wurde, machte gestern die in demselben Hause wohnende Wittwe Boese die Anzeige, daß ihr in der Zeit vom 25.—29. März aus ihrer Wohnung, welche mittelst Nachschlüssels geöffnet war, aus einer verschlossenen Kiste eine, welche in einem Spind gelegen, zwei silberne Bekläde, enthaltend Messer, Gabel und Löffel, ein goldenes Medaillon mit einer langen, weißgrauen Haarfädnur, ein silberner Kinderlöffel, eine goldene Broche und ein goldener Siegelring gestohlen sind. Die Recherchen nach den Dieben sind in beiden Fällen bis jetzt erfolglos geblieben.

(Eine seltsame Adresse.) In Tempelburg langte kürzlich ein Brief mit der folgenden Adresse an:

An meinen Bruder, der eben so heißt, Schwarz, blau und roth kann färben, Er ist zwar groß, doch garnicht stark, Auch nicht Soldat gewesen. Er stammt sich aus dem Pommerland, Dramburg wird die Stadt genannt, Aus der er eingewandert kam, Adress' kann drum nicht sagen. Ein werthes Postamt bitt' deshalb, Den Bruder zu erfragen.

Heide.

Wir brauchen nicht hinzufügen, daß die Tempelburger Postbeamten es sich angelegen sein ließen, den neuzugewanderten Färbereigenen Heide ausfindig zu machen, und daß ihnen dies bald gelungen war.

Köslin 1. April. Vor längerer Zeit wurde ein Füslier des hiesigen Bataillons sträflich verurtheilt, da er mehrere Tage über Urlaub ausgeblieben und sich dadurch der Desertion verdächtig gemacht

hatte. Als er nach etwa zwei Wochen sich wieder bei seinem Truppentheile einfand, wurde ihm natürlich der Prozeß gemacht und der Füslier 14 Tage in strengen Arrest genommen. Hier sollen ihm nun, seiner Behauptung nach, die Füße erfroren sein und ist es allerdings Thatsache, daß er am vergangenen Sonntag wegen abgefrorener Füße entlassen werden mußte. Da aber auf die Heizung der Arrestzellen, wie uns Informirte versichern, stets die größte Sorgfalt verwendet wird, fand die Behauptung des Füsliers natürlich keinen Glauben und dürfte er sein Unglück lediglich seinem eigenmächtig verlängerten Urlaub, während dessen er sich wahrscheinlich obdachlos umhertrieb, zuschreiben haben.

Stolz, 31. März. Wir haben heute wiederum über einen Selbstmord, welcher in der vergangenen Nacht in einem hiesigen Gasthose verübt worden ist, zu berichten. Dort feierten gestern Abend gegen 10 Uhr ein ungefähr 26 Jahr alter Mann, dem Anscheine nach ein reisender Handwerksbursche, ein und ließ sich ein Zimmer anweisen, welches er auch nicht wieder verließ. Heute Morgen fand man ihn darin erschossen vor und zwar deuteten seine Wunden auf 3 Schüsse in den Mund. Bekleidet war der Unbekannte bei seiner Ankunft mit einem blauen Fleecezieher und Rock, schwarzer Hose und braunem Hitzhut; Papiere, die über seine Persönlichkeit hätten Auskunft geben können, sind bei ihm nicht gefunden worden. Sein noch neuer Hut ist indes mit dem Fabrikstempel „C. Ziemer—Köslin“ versehen und glaubt man hierdurch für weitere Ermittlungen Anhalt zu haben.

Bermischtes.

Die brennende Orthographiefrage erhält durch die nachfolgende Thatsache, die aus einem niederhessischen Kreisstädtchen mitgeteilt wird, eine eigenthümliche Beleuchtung: Ein Herr gab auf dem dortigen Reichs-Telegraphen-Bureau eine Depesche auf, in welcher u. A. das nach der bisherigen Rechtschreibung 16 Buchstaben zählende Wort „Kreisgerichtsrath“ vorkam. Obwohl ein Gegner der Buttkamer'schen Regeln, schrieb der Aufgeber doch das Wort ohne „h“ am Schluß, wodurch er, da 15 Buchstaben noch für ein Wort zählen, gerade 5 Pf. gespart hätte. Der Telegraphenbeamte verhorrescirt indessen diese auf eine partikularstaatliche Verfügung gestützte Finanzoperation, verwies auf das Reglement, wonach sprachwidrige Zusammenziehungen und unorthographische Schreibarten zu dem Zwecke, eine Gebührenersparniß zu erzielen, unzulässig sind, und erklärte, daß das Telegraphenamt als „Reichsdienststelle“ keine Anweisung erhalten habe, die neue preussische Orthographie als Grundlage für die einschlägigen reglementarischen Bestimmungen zu betrachten. Demgemäß wurde das den Streitpunkt bildende Wort als „Kreisgerichtsrath“ abgegeben, und der Reichsfiskus hatte 5 Pf. profitirt.

(Eine in der Wüste verschwundene Expedition.) Eine Trauerkunde erschallt aus dem fernen Osten. Der ungarische Reisende, Graf Zechenyi, welcher nach Tibet reisen wollte, wurde von dem chinesischen Gouverneur der südwestlichen Provinz, von wo er durch die Wüste wollte, gewarnt, auf daß ihn nicht das Schicksal des Obersten Prschewalsky ereile. Graf Zechenyi kehrte deshalb nach Peking zurück und machte dem dortigen deutschen Gesandten diese lakonische Anzeige. Indes langte auch aus Turkestan die Nachricht an, daß einer der Führer Prschewalsky's, welcher ihm aus der Stadt Scha-sou, die am Wüstenrande liegt, mitgegeben wurde, zurückgekehrt sei und angebe, daß sich die Expedition Prschewalsky's in der Wüste verirrt habe, der Oberst habe in Folge dessen alle Führer, unter ihnen auch den Erzähler, ausgesandt, um einen Weg aufzufinden. Als er dahin zurückkehrte, wo er die Expedition zurückgelassen hatte, war sie verschwunden. Diese Erzählung klingt zwar insofern unglücklich, als nicht angenommen werden kann, daß ein so erfahrener Wüstenreisender, wie Oberst Prschewalsky, wenn er beschloffen hat, sich ohne Führer vorwärts zu wagen, keine Zeichen errichtet hätte, mittels deren ihn die abgesandten Führer hätten finden müssen, und die weder der Flugand der Wüste, noch auch der wüthendste Orkan hätte zerstören können; andererseits ist aber nicht anzunehmen, daß der Führer Prschewalsky im Stiche gelassen habe, denn hierfür würde er nach chinesischen Gesetzen mit dem Tode bestraft werden. Die Wissenschaft würde, wenn sich die traurige Nachricht bestätigen sollte, einen unerklärlichen Verlust erleiden, denn groß sind die Dienste, die Prschewalsky ihr bis jetzt geleistet hat, und namentlich groß waren die Hoffnungen, die man an seine jetzige Reise knüpfte. Deshalb ist der Wunsch sehr erklärlich, daß sich die Nachricht nicht bestätigen möge.

Ueber einen ergreifend tragischen Vorfall, der auf der Düna in Riga am letzten Montag passirte, geht uns folgende Mittheilung zu: Eine sehr angesehene Familie Namens Cusler war Nachmittags, von einer Trauung kommend, die in der inneren Stadt stattfand, nach Hause gefahren, um sich für den Abend in Balltoilette zu werfen. Gegen 9½ Uhr Abends passirte die Familie, bestehend aus 8 Mann und Frau, einer Tochter von 18 und einer von 13 Jahren, die im Innern eines geschlossenen Wagens saßen, mit dem Sohne und Rutscher, die auf dem Bod Fuß genommen, die immer noch stark gefrorene Düna, wie dies täglich Tausende thun. Als sie beinahe am Ufer angelangt, brach das Eis, Rutscher und Sohn sprangen vom Bod, während der Wagen mit seinen Insassen und den beiden Pferden den schrecklichen Tod unter dem Eise fanden. Der Wagen mit den vier Leichen im Ballsaat, sowie die beiden Pferde sind bereits Montag Vormittag aus Wasser gezogen worden. Der verunglückte Sohn ist fast wahnsinnig vor

Schmerz, ebenso ist der Rutscher in Folge des ausgestandenen Schreckens auch mehr der Sprache mächtig.

Auf eine seltsame, bemerkenswerthe Art ist die Frau des Steinguthändlers Diedmann, Krautstraße 2 in Berlin, verunglückt. Dieselbe holte sich vor einigen Tagen aus einer Droguenhandlung braune Farbe, um, wie das jetzt viele Frauen thun, sich selbst ein Kleid zu färben. Bald nach beendeter Arbeit erkrankte sie und der Arzt konstatierte eine Vergiftung, herbeigeführt durch Einathmen der Dünste, die dem erwärmten Farbstoff entstiegen. Die bedauernswürthe Frau liegt seit dem zweiten Oftertag schwer krank im städtischen Krankenhaus und wird leider an ihrem Auskommen gezweifelt, zumal auch eine Blutvergiftung hinzutreten sein soll. Der gefährliche Farbstoff ist im Krankenhaus sorgfältig untersucht worden, und wird die Behörde wohl klar stellen, ob einen Dritten direktes Verschulden an dem Unglücksfalle trifft.

Stuttgart. (Das Ende eines Mörders.) Als vor einigen Tagen die Ueberführung des Mörders Baibel, der seinen Bruder, dessen Frau und seine zwei Kinder umgebracht, nach dem Hospital wegen ärztlich festgestellten Irrens allgemein bekannt wurde, war die befängene öffentliche Meinung nur zu sehr geneigt, die Wahrheit dieser Krankheit zu bezweifeln. Im Gefängniß hielt man bis zum letzten Moment daran fest, daß Baibel nur aus brutaler Laune seine Töbtsucht treibe und mit der schwersten Fesselung sowohl gebändigt, als auch sonst gezähmt werden müsse. Nun ist nach einer töbtsüchtig verbrachten Nacht am 25. März früh Baibel todt auf seinem Lager gefunden worden, den Kopf vornüber gebeugt. Die Sektion seiner Leiche hat zur Evidenz festgestellt, daß Baibel geisteskrank war.

Wollberichte.

Berlin, 28. März. In der heute beendeten Woche war der Verkehr fremder Käufer am hiesigen Plage recht bedeutend. Käufer, welche sonst ihren Bedarf in London zu decken pflegen und andere Großkäufer fuhrten fort, neben inländischen Fabrikanten, sowohl in deutschen Rückenwollen als auch in den übrigen Wollgattungen, ohne wäherlicher in der Beschaffenheit zu sein, die vorhandenen Bestände zu räumen. Das Geschäft trug den Charakter großer Meinung und die verlangten Preise, welche wieder etwas erhöht waren, wurden leicht bewilligt. — Zu Rammzweiden wurden nach dem Elsaß, der Mark Brandenburg und Thüringen ca. 4000 Centner preussische, vor- und hinterpommersche und Mecklenburger Wollen in „a- und aa-Qualität“ in den Preisen von Anfangs 60er Thlr. verkauft. — Zur Stofffabrikation gingen nach der Lausitz, Pommern und Sachsen circa 1500 Centner mittel- und feine Schafereiwollen verschiedener Ursprünge um 60 Thlr. — Von Loden und Landwollen entnaß das Inland 300—400 Ctr. und ein ähnliches Quantum feiner und geringer Verwerben wurden nach Sachsen und Thüringen zu etwas erhöhten Preisen verkauft. Von Kolonialwollen wurden nach dem Auslande und den inländischen Fabrikdistrikten circa 2000 Ctr. zu etwa 1 Sgr. pro Zollfund über die letzten Londoner Auktionspreise abgesetzt. — Die Zufuhren brachten etwa 1000 Ctr. deutscher Rückenwollen und 150 Ballen Kolonialwollen neu an den Markt. Unser Lagerbestand wird auf circa 10,000 Ctr. aller Wollgattungen geschätzt und ist durch den starken Abzug der Rammwollen in dieser Gattung etwas reduziert, doch noch im Stande, mäßigen Ansprüchen in Tuch- und Stoffwollen zu genügen.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 1. April. Die Königin Victoria und die Prinzessin Beatrice sind heute Nachmittag um 4½ Uhr nach Baden-Baden zurückgekehrt.

Baden-Baden, 1. April. Die Königin Victoria ist mit der Prinzessin Beatrice heute Abend um 6½ Uhr mittelst Extrazuges hier wieder eingetroffen.

Mons, 1. April. In einer Kohlengrube in Anderlues fand in der vergangenen Nacht eine Entzündung schlagender Wetter statt. Die Zahl der dadurch Verunglückten ist noch nicht bekannt. Beschäftigt waren in der Grube 150 Mann; bis jetzt sind 20 Leichen zu Tage gefördert.

Rom, 1. April. Die Frau Kronprinzessin ist heute von Begli hier eingetroffen und von dem Botschafter von Reubell und dem gesamten Botschafts-Personale am Bahnhofe empfangen worden.

London, 1. April. In der hiesigen City wurden drei Konservative und ein Liberaler gewählt, die City war auch in dem letzten Parlamente durch drei Konservative und einen Liberalen vertreten.

Die „Ball Mail Gazette“, welche zu den konservativen Journalen zählt, sieht das bisherige Resultat der Wahlen als eine Niederlage des Ministeriums an und meint, es sei unwahrscheinlich, daß die Wahlen von heute und morgen an diesem Resultate etwas ändern würden, es werde ein Wechsel der Regierung nothwendig werden.

Newyork, 1. April. Schatzsekretär Sherman erklärte in einer in Mansfield (Ohio) gehaltenen Rede mit Bezug auf die bevorstehende Präsidentenwahl, die republikanische Partei werde die Wiederaufnahme der Baarzählungen und die Finanzoperationen aufrecht erhalten und die konstitutionellen Amendements mit allen der Bundesregierung zu Gebote stehenden Mitteln zur Geltung bringen. Die Unionsschuld habe sich im vergangenen Monat um 14 Millionen Dollars, mithin um einen Betrag vermindert, der größer sei als in jedem früheren Monat seit dem Bestehen der Schuld überhaupt.